

**Niederschrift über die außerordentliche Sitzung des Werksausschusses des Eigenbetriebes  
KULTURBETRIEBE FRANKFURT (ODER) am 21.04.2026**

---

Beginn: 16:30 Uhr	Ende: 17:00 Uhr
Tagungsort:	im Raum Gorzów (R. 2.22), Rathaus, Marktplatz 1, 15230 Frankfurt (Oder)
Art der Sitzung:	Präsenzveranstaltung

---

**Teilnehmer/-innen:**

**Anwesend**

**Ausschussmitglieder**

Jürgen Fritsch	AfD-Fraktion Frankfurt (Oder)	
Elke Hofmann	AfD-Fraktion Frankfurt (Oder)	
Gottfried Spieth	AfD-Fraktion Frankfurt (Oder)	
Grit Art	Fraktion CDU	ab TOP 3
Michael Möckel	Fraktion CDU	
Karin Muchajer	Fraktion Die Linke	
Sandra Seifert	Fraktion Die Linke	
Paula Köhler	Fraktion FDP	
Sahra Damus	Fraktion Grüne/B90 – BI Stadtentwicklung	
Prof. Dr. Brigitte Rieger-Jähner	Fraktion SPD	
Dr. Karl-Konrad Tschäpe	Beschäftigtenvertreter	
Monic Schmidt	stellvertretende Beschäftigtenvertreterin	

**Verwaltung/Gäste**

Sabine Wenzke	Werkleiterin
Elisabeth Lüdeking	Leiterin Volkshochschule
Anne Voigt	Leiterin Musikschule
Cindy Gasche	Sachgebietsleiterin Finanzen
Claus Junghanns	Bürgermeister und 1. Beigeordneter
Jens Göritz	Personalratsvorsitzender

**Medienvertreter/-in**

Nicole Buhlau	MOZ
Susanne Schmidt	Referentin Kulturbüro/Verwaltung / Protokollantin

**Nicht anwesend**

Karen Schumann	Leiterin Stadt- und Regionalbibliothek	entschuldigt
Dr. Tim S. Müller	Leiter Städtisches Museum Viadrina	entschuldigt
Daniel Mitzloff	Leiter der Beteiligungssteuerung	entschuldigt

**Öffentlicher Teil**

**TOP 1 - Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Frau Damus begrüßt die Mitglieder und Gäste des Werksausschusses und begründet die Notwendigkeit der kurzfristig anberaumten Werksausschusssitzung. Die vier Terminvorschläge, die in der letzten Sitzung festgelegt wurden, konnten von Herrn Junghanns nicht eingerichtet werden. Da die Arbeitsverträge jedoch zum 01.07.2026 auslaufen und deshalb eine Klärung der Problematik nicht bis zur nächsten regulären Sitzung des Werksausschusses am 01.06.2026 warten kann, verständigten sie sich auf eine kurze Sitzung vor dem heutigen Ausschuss für Kultur, Bildung, Sport und Bürgerbeteiligung.

Sie eröffnet die Sitzung mit der Feststellung, dass der Werksausschuss beschlussfähig sei.

## TOP 2 - Feststellung der Tagesordnung

Keine Anmerkungen.

Die Mitglieder stimmten der Tagesordnung einstimmig zu.

**Abstimmungsergebnis: 11 JA / 0 NEIN / 0 ENTHALTUNGEN**

## TOP 3 - Umsetzungsstand der Stadtverordnetenbeschlüsse Vorlage Nr.: 25/ANT/0530 (Entfristung bestehender Personalstellen in der Musikschule Frankfurt (Oder) nach Umsetzung des sog. "Herrenberger Urteils") in Verbindung mit der Vorlage Nr.: 25/SVV/0543 (Wirtschaftsplan 2026) in Verbindung mit dem Änderungsantrag 25/SVV/0543-01

Frau Damus berichtet aus der letzten Sitzung des Werksausschusses und dass die Mitglieder in dieser erfahren haben, dass die Beschlüsse nicht fristgerecht umgesetzt wurden, obwohl in der Vergangenheit suggeriert worden sei, dass es unproblematisch sei.

Herr Junghanns informiert, dass seit der letzten Sitzung ein neuer Sachstand vorliegt. Die Umsetzung der Beschlüsse bedurfte einer Klärung innerhalb der Verwaltung, weil unterschiedliche Rechtsauffassungen vorlagen. Es gibt nach wie vor auch die Auffassung, dass der Beschluss nicht umgesetzt werden kann. Er sieht das anders. Weil keine einstimmige Auffassung darüber vorliegt, wurde sich innerhalb der Verwaltung geeinigt, die Werkleiterin via Verfügung zu ermächtigen die Arbeitsverträge abzuschließen. Die unterschriebene bzw. mitgezeichnete Verfügung liege nun seit 15.04.2026 vor. Einen Sonderfall stellen die Rentner dar. Diese können laut dem Rechtsamt nicht unbefristet, sondern nur befristet angestellt werden. Frau Wenzke ergänzt, dass die Rentner deshalb befristete Verträge angeboten bekommen.

Frau Damus erkundigt sich nach dem weiteren Werdegang. Frau Wenzke führt aus, dass die Verträge vorbereitet werden; Es wird die Empfehlung des Landesverbandes umgesetzt und anstatt der bisher im Arbeitsvertrag ausgewiesenen Arbeitszeit werden nun die Unterrichtseinheiten ausgewiesen. Vorabsprachen mit dem Personalrat fanden bereits statt. Eine Beteiligung ist nicht notwendig, wenn der Arbeitsvertrag keine inhaltlichen Änderungen erfährt.

Frau Muchajer erkundigt sich nach der Anzahl der Rentner und ob die Beschäftigten vorab über die Entfristung bzw. Weiterbeschäftigung informiert werden. Frau Wenzke und Frau Voigt haben die genaue Anzahl der Rentner nicht im Kopf. Frau Voigt meint, es seien fünf Beschäftigte Rentner. Frau Wenzke bestätigte, dass die Beschäftigten vorab informiert werden können.

Herr Möckel erkundigte sich nach den betroffenen Musikern des Brandenburgischen Staatsorchesters. Frau Wenzke bestätigte, dass diese auch unbefristete Arbeitsverträge angeboten bekommen. Eine Beschäftigung über Honorar sei ausgeschlossen.

Auf Herrn Fritsch Nachfrage, was genau Herr Junghanns mit „Verantwortung der Stadtverordneten“ im Laufe der Debatte meinte, wurde ausgeführt, dass die Beschlussfassung zur Entfristung der Arbeitsverträge nur von den Stadtverordneten selbst im Rechnungsprüfungsamt beanstandet werden könnte.

Frau Damus bittet Frau Wenzke um

- eine Zwischeninformation zum 15.05.2026, wie viele Verträge bereits geschlossen wurden, Vertragsangebote noch offen sind und/oder abgelehnt wurden und
- eine Information über die Prüfergebnisse aus dem Antrag 25/ANT/0530 (Buchstabe b unter 1.) bis zum 15.05.2026 wie folgt:

Bei Personen, die sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis haben, wird zunächst geprüft – auch im Austausch mit anderen Musikschulen und dem Landesverband der Musikschulen in Brandenburg – wie trotz „Herrenberger Urteils“:

- Honorarverträge vergeben werden können, weil die Gefahr der Umgehung einer Sozialversicherungspflicht nicht besteht oder
- ein Rahmenvertrag zwischen dem Staatsorchester und der Musikschule ein geeignetes Instrument darstellt, um Kursangebote von interessierten Musiker\*innen des Staatsorchesters an der Musikschule ohne Festanstellung zu ermöglichen.

Herr Junghanns informiert, dass das von Frau Wenzke erarbeitete Prüfergebnis zur Einsparung von Energiekosten (Vgl. 25/SVV/0543-01, Punkt 1) vorliegt und kommende Woche verwaltungsintern besprochen werde. Der Prüfauftrag zur Ausgabenreduzierung durch Einsparung oder Umstrukturierung in der Verwaltung (Vgl. 25/SVV/0543-01, Punkt 2) befindet sich in der Bearbeitung.

Herr Junghanns informiert aufgrund der Nachfrage Frau Damus' darüber, dass die im Rahmen des Wirtschaftsplanes diskutierten und nicht beschlossenen Kürzungsmaßnahmen auch nicht während der vorläufigen Haushaltsführung und der 20-prozentigen Sperre umgesetzt werden.

Der 20-prozentigen Sperre unterliegen die nicht gebundenen Mittel, darunter fallen nicht die Personalkosten und auch keine Mittel aus bereits bestehenden Verpflichtungen. Das heißt für den Eigenbetrieb, dass 2026 unterjährig ca. 20.000 Euro nicht ausgegeben werden dürfen. Die Angebote, vielleicht nicht in der Intensität wie sonst, sollten beibehalten werden und auch versucht werden diese über Kooperationen zu realisieren.

Frau Wenzke ergänzt, dass der Wirtschaftsplan 2026 die diskutierten Kürzungsmaßnahmen nicht enthalte und aufgrund dessen ein Defizit ausweise. Sie vermute, dass die Restriktionen der vorläufigen Haushaltsführung zu mehr Einsparungen als die zuvor genannten 20.000 Euro aus der 20-prozentigen Sperre führe.

Keine weiteren Nachfragen.

Frau Damus schließt die Sitzung des Werksausschusses.



Sahra Damus  
Vorsitzende des Werksausschusses



Susanne Schmidt  
Protokollantin